



Das Land braucht schnell eine Perspektive

Nach der Regierungserklärung von Olaf Scholz kritisierte die Unionsfraktion, dass Scholz in Europa nicht für Orientierung Sorge. In Sachen solide Finanzen sende die Bundesregierung die falschen Signale nach Brüssel, indem sie riesige Schattenhaushalte bilde.

Damit sprach die Unionsfraktion die 200 Milliarden an, die Scholz zur Entlastung für Bürger und Unternehmen ins Schaufenster gestellt hat. Von diesem „Doppel-Wumms“ blieben im Moment nur „doppelte Fragezeichen“ übrig.

Fraktionsvorsitzender Merz und Union kündigten an, dass die Unionsfraktion einem Schattenhaushalt über 200 Milliarden Euro im Bundestag nicht einfach so zustimmen werde. Das Geld ist zur Abfederung der Energiekrise bestimmt, wozu die Unionsfraktion grundsätzlich bereit ist. Aber: „Wir legen Wert auf die Reihenfolge“, sagte Merz. Erst wolle er die Vorschläge sehen, dann über die Finanzierung reden – „und nicht umgekehrt“. Einen „Blankoscheck“ werde es nicht geben.

Unionsfraktionschef Friedrich Merz hat der Bundesregierung außerdem schwere Versäumnisse bei der Unterstützung von Bürgern und Unternehmen in der Energiekrise vorgeworfen. Acht Monate nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine lägen immer noch keine konkreten Vorschläge zur Entlastung auf dem Tisch, sagte Merz in seiner Antwort auf die Regierungserklärung des Kanzlers im Bundestag.

„Winterreifen muss man im Oktober aufziehen und nicht erst im Frühjahr nächsten Jahres. Jetzt brauchen die Menschen und Unternehmen in Deutschland eine klare Perspektive“, betonte der Fraktionsvorsitzende. Die von der Regierung beauftragte Gaskommission hatte vor zwei Wochen Empfehlungen zur Dämpfung des Preisanstiegs vorgelegt – mit einer Einmalzahlung an die Verbraucher als Entschädigung für die gestiegenen Gaspreise im Dezember und einer Gaspreisbremse ab März oder April.

Kanzler Olaf Scholz habe seitdem keinen einzigen Vorschlag vorgelegt, welche Schlussfolgerungen er aus den Empfehlungen ziehe, bemängelte Merz. Es bleibe auch völlig offen, wie diejenigen privaten Haushalte entlastet werden sollten, die noch mit Öl heizen oder sich gerade erst eine Pelletheizung zugelegt haben. Diese Fragen müssten auf nationaler Ebene beantwortet werden und nicht in Brüssel, sagte Merz. Damit verwies er auf den EU-Gipfel, auf den sich der Kanzler in seiner Regierungserklärung bezogen hatte. Von Brüssel verlangte der Fraktionschef ein Belastungsmoratorium für Unternehmen.

Merz zeigte sich diese Woche zudem darüber erstaunt, dass Bundeskanzler Olaf Scholz auf das Instrument der Richtlinienkompetenz zurückgreifen musste, um den Streit in der Koalition über die Laufzeitverlängerung zu beenden. Nun habe dieser nicht mehr viele Pfeile im Köcher. Das letzte Mittel sei die Vertrauensfrage.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



dass Bundeskanzler Olaf Scholz die Richtlinienkompetenz anwenden musste, um den erbitterten Streit in der Ampel-Koalition über die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke zu beenden, zeigt den zerrissenen Zustand der Ampel nach elf Monaten Amtszeit. Herausgekommen ist nun eine minimale Laufzeitverlängerung der drei noch arbeitenden Kernkraftwerke, was vielleicht den Konflikt in der Koalition für den Moment beruhigt, aber nicht das Versorgungsproblem in Deutschland maßgeblich reduziert.

Die ausufernden Strompreise und eine nicht zu jedem Zeitpunkt gegebene Versorgungssicherheit sind nach wie vor eine große Gefahr für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und alle Verbraucher. Langfristig ist der konsequente Ausbau der Erneuerbaren Energien wichtig, aber kurzfristig brauchen wir einen zeitlich begrenzten Weiterbetrieb zumindest der sich noch im Betrieb befindenden Kernkraftwerke in Deutschland.

Statt der von Scholz gewollten dreieinhalb Monate braucht es aber eine wirkliche Laufzeitverlängerung bis 2024 sowie den Einsatz neuer Brennstäbe, damit die Kernkraftwerke auch bis dahin tatsächlich Strom liefern können, denn im nächsten April wird das Energieproblem nicht plötzlich gelöst sein. Die Ampel will lieber mehr und schneller klimaschädliche Braunkohle verfeuern lassen, mehr CO₂-Emissionen in Kauf nehmen und sogar Ölkraftwerke auf Schiffen in der Nordsee ans Netz bringen. Auch in der Krise muss der Klimaschutz aber ernst genommen werden.

Dass die Ampel intern offenbar weiter streitet, zeigt übrigens die Tatsache, dass die Koalition nicht schon in der laufenden Sitzungswoche des Bundestages handelt, sondern das Thema offenbar auf November vertagen will und dann erst in den Bundestag einbringt. Das ist mir vollkommen unverständlich, wo doch gerade jetzt Stromkunden und die Kraftwerksbetreiber dringend Klarheit darüber brauchen, wie die Versorgung mit Strom im Winter gewährleistet werden soll.

Herzliche Grüße aus Berlin! Ihr

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Bürgergeld hilft weder Arbeitslosen noch Unternehmen

Dem deutschen Arbeitsmarkt fehlen 1,9 Millionen Arbeitskräfte. Fast doppelt so viele Menschen beziehen Hartz IV. Doch was macht die Ampel? Statt Arbeitslose zur Aufnahme einer Arbeit zu motivieren, führt sie ein Bürgergeld ein, das Missbrauch Tür und Tor öffnet. Das kostet den Steuerzahler viel Geld. Nur geholfen ist damit weder den Arbeitslosen, die zurück wollen in Lohn und Brot, noch den Unternehmern, die händeringend Mitarbeiter suchen.

Warum ist das Bürgergeld eine schlechte Idee?

Wer Bürgergeld bezieht, muss viel weniger mit der Bundesagentur für Arbeit zusammenarbeiten als vorher. So kann die Arbeitsagentur einem Arbeitslosen im ersten halben Jahr nicht mehr die Leistungen kürzen, wenn er seine Pflichten verletzt - zum Beispiel, weil er nicht zu einem Termin erscheint. Vermögen bis zu 60.000 Euro – keine Kleinigkeit - wird innerhalb der ersten zwei Jahre nicht angetastet. Für jedes weitere Familienmitglied kommen maximal 30.000 Euro obendrauf. Auch wird in den ersten zwei Jahren nicht mehr geprüft, ob die Wohnung nicht vielleicht zu groß ist oder ob beim Heizen gespart werden könnte. Die Unionsfraktion meint: Das Bürgergeld ist ein Schritt in Richtung bedingungsloses Grundeinkommen.

Was will die Unionsfraktion?

Die Union ist natürlich der Ansicht, dass die Hilfe für Arbeitsuchende an die hohe Preissteigerung angepasst werden muss. Aber sie findet auch, dass niemand in der Arbeitslosigkeit stecken bleiben sollte. Deshalb ist die Vermittlung in Arbeit für sie das Allerwichtigste. Mit gezielter Förderung sollen Arbeitslose fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden, im Zweifelsfall mit einer Ausbildung. Damit das funktioniert, sollen Arbeitsuchende von der Arbeitsagentur besser betreut werden, am besten immer von ein- und demselben Vermittler.

Wie sieht das der Bundesrechnungshof?

Der Bundesrechnungshof sieht das genauso wie die Unionsfraktion. Er fürchtet, dass das Bürgergeld missbraucht werden könnte. Das heißt, Menschen könnten zwei Jahre lang vom Bürgergeld profitieren, die es in Wirklichkeit gar nicht nötig haben. Sie müssen nicht einmal auflisten, was sie an Vermögen besitzen.

Mit Militärhilfe an Russland verabschiedet sich der Iran aus der Völkergemeinschaft

Angesichts der Entwicklung, dass der Iran Russland mit Waffen und Ausbildung unterstützt, erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt MdB:

„Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag verurteilt die Waffen- und Militärhilfe, die das Teheraner Regime an Russland leistet. Mit den von Russland eingesetzten iranischen Drohnen werden schwerste Verbrechen gegen die ukrainische Bevölkerung begangen und die zivile Infrastruktur der Ukraine zerstört. Da russische Soldaten offensichtlich durch iranische Revolutionsgarden auf der Krim ausgebildet werden, und damit auf ukrainischem Staatsgebiet, stellt sich der Iran demonstrativ an die Seite Russlands. Teheran verabschiedet sich damit endgültig aus der Völkergemeinschaft. Das darf nicht ohne Konsequenzen bleiben.“

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einerseits unverzüglich mit weiteren Waffenlieferungen die Ukraine zu befähigen, sich gegen die iranischen Drohnen zu wehren. Hier darf es keinen Aufschub geben. Die Zerstörung der kritischen Infrastruktur in der Ukraine ist ein Kriegsverbrechen. Wenn Strom und Wasser flächendeckend in Krankenhäusern und Versorgungseinrichtungen ausfällt, besteht unmittelbare Gefahr für das Leben ukrainischer Zivilisten. Andererseits muss die Bundesregierung erkennen, dass trotz aller Bemühungen in der Vergangenheit ein Dialog mit der Teheraner Führung folgenlos geblieben ist. Deshalb ist eine Wiedereinsetzung aller aufgehobenen Sanktionen und der Erlass von neuen Sanktionen gegen die Verantwortlichen der Menschenrechtsverstöße unerlässlich. Mit einem Regime, das seit vielen Jahren für sinnloses Leiden im In- und Ausland steht, darf es keine Zusammenarbeit geben.“

Impressum:

Ausgabe Nr. 17/2022,
21. Oktober 2022

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck